

NICARAGUA

Ohne strukturelle Veränderungen wird es keine nachhaltige Verringerung der ländlichen Armut geben

Francisco J. Pérez

J. Pérez ist Wissenschaftler am Institut Nitalpan der Universidad Centroamericana in Managua und hat eine Analyse über die Strukturprobleme des Agrarsektors in Nicaragua erarbeitet. Diesen Problemen stellt er die unzureichende staatliche Politik für diesen Bereich gegenüber. ENVIO hat die nachstehend Mitschrift eines Gesprächs mit Pérez hierüber veröffentlicht.

Vernachlässigte Agrarpolitik

Nicaragua betont stolz, ein Agrarland zu sein und rühmt sich seiner Exporte von Kaffee, Käse, Bohnen... Wenn wir aber die staatliche Politik der verschiedenen Regierungen, einschließlich der gegenwärtigen, anschauen, entdecken wir, dass der landwirtschaftliche Sektor seit 1990 einer der am stärksten an den Rand gedrängten gewesen ist. Während dieser Jahre haben vieler unserer Politiker es als unbestreitbare Tatsache akzeptiert, dass die Länder die sich weiter entwickelt haben dies dadurch erreichten, dass sie die Landwirtschaft zugunsten eines Übergangs zum produzierenden Bereich, der Industrie und Dienstleistungen vernachlässigten. Sie waren der Meinung, dass der ländliche Bereich nicht der Motor zur Entwicklung unserer Wirtschaft sein würde. Trotzdem nähren alle Berichtsdaten, sowohl die der nicaraguanischen Zentralbank (BCN) als auch des nicaraguanischen statistischen Institutes (INIDE), die Überzeugung der Netzwerke und Institutionen der Zivilgesellschaft, dass auf diesen Übergang zu setzen nicht funktioniert hat. Die nationalen Statistiken zeigen, dass Nicaragua in seinem wirtschaftlichen, aber auch seinem demographischen Übergang Land-Stadt, stagniert. Leider liegen beide Tatsachen außerhalb der Agenda der staatlichen Politik für den Agrarsektor.

Die Bevölkerung in der Statistik

Nach der „unstreitigen Wahrheit“, von vielen übernommen, wird geglaubt, dass die ländliche Bevölkerung abnimmt und in die Stadt abwandert. Dennoch weisen die Zahlen der Volkszählungen das Gegenteil aus. Das staatliche INIDE hat die letzten zwei Volkszählungen mit einem Intervall von zehn Jahren durchgeführt (1995 und 2005), weshalb die Daten sehr vertrauenswürdig sind und die Ergebnisse uns sagen, dass die Landbevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sich von 45,6% auf 44,1% veränderte. Dies bedeutet, dass diese Veränderung über einen Zeitraum von zehn Jahren nicht bedeutsam war. In absoluten Zahlen ausgedrückt umfasste 1995 die Landbevölkerung 1,97 Millionen Personen und 2,27 Millionen im Jahre 2005, was heißt, dass die Landbevölkerung in zehn Jahren um 14% wuchs. Diese Tatsache müssen wir mit den bedeutenden Veränderungen verbinden, die Nicaragua in der Struktur seiner Bevölkerungspyramide erfährt. Unser Land tritt in einen Prozess ein, der als Chance des „demographischen Bonus“ bekannt ist, eine Tatsache auf die sich der Ökonom der Zivilen Koordination (Coordinadora Civil) Adolfo Acevedo so oft bezogen hat. Nicaragua verfügte seither über eine Bevölkerungspyramide mit einer breiten Basis von Kindern und zur Spitze hin einer immer geringeren Zahl von Erwachsenen. Heute stellt sich diese Pyramide ähnlich der von Ländern die sich auf dem Wege zur Entwicklung befinden dar: die Geburtenrate hat sich verringert und die Basis der Pyramide weist einen geringeren Anteil an Kindern auf, während der Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter wächst. Nach bereits durch INIDE in der Volkszählung von 2005 erlangten Angaben war die Altersgruppe der Kinder zwischen 10 und 14 Jahren schon viel größer als die der 5- bis 9-jährigen und diese wiederum zahlreicher als die der Kinder unter 5 Jahren.

Jugend und Bildung

Von dieser Veränderung in der Bevölkerungsstruktur geht eine gewaltige Herausforderung im Hinblick auf Arbeitsplätze aus. Nimmt man die Zahlen der Volkszählung, so traten zwischen 2005 und 2010 jährlich im Durchschnitt 130.310 Jugendliche beiderlei Geschlechts ins arbeitsfähige Alter (15 Jahren und mehr) ein. Diese Zahl wird zwischen 2011 und 2015 durchschnittlich 129.000 Jugendliche betragen. Das bedeutet, dass in fünf Jahren – einer Regierungsperiode – der Staat in der Lage sein muss 650.00 Arbeitsplätze zu schaffen, um alleine die entsprechende Nachfrage unserer Jugend decken zu können.

Diesen Zahlen müssen wir auch die Statistiken aus dem Erziehungswesen gegenüberstellen. Gemäß der Erhebung von 2005 erreichen nur 7% der nicaraguanischen Bevölkerung den Eintritt in die Universität. Wenn dies so ist heißt das, die Mehrheit der Jugendlichen welche die Sekundarstufe verlassen, benötigt einen Arbeitsplatz. Und den finden sie nicht! Wir wissen auch, dass der Zugang zur Universität aus der ländlichen Bevölkerung noch geringer ist (1,1%), auch dass weniger ihre Schulbildung mit der Sekundarstufe fortsetzen und noch viel kleiner die Zahl derjenigen ist, die mit dem Abitur abschließen.

Man muss daran erinnern, dass das ländliche Bildungssystem auf mehrstufigen Schulen der Primarebene beruht, die bis zur vierten Stufe reicht. Mit Beginn der Primarstufe müssen die Kinder lange Wege zurücklegen, um ihre Schulausbildung zu erlangen, danach müssen sie die ländlichen Bevölkerungszentren aufsuchen, um ihre Ausbildung in der Sekundarstufe fortzusetzen. In dieser Situation benötigen in jedem Jahr 65.000 Jugendliche vom Lande einen Arbeitsplatz. Darin besteht unser „demographischer Bonus“ und wem wahrscheinlich dieser am meisten nützt ist Costa Rica. Denn dieser Bonus sind die Jugendlichen die nach Costa Rica abwandern, um sich dort als Saisonarbeiter zu verdingen. Die Nutzung unseres demographischen Bonus durch eine schulische und technische Ausbildung unserer Jugend, um ihnen eine würdige Arbeit zu gewährleisten, ist die vorrangige und große strukturelle Herausforderung Nicaraguas. Diese ist noch dringender im ländlichen Bereich.

Fehlrechnung Billiglohn-Fabriken

Die Regierung Enrique Bolaños stellte sich dieser Herausforderung in der Annahme, dass die massive Bereitstellung von Arbeitsplätzen für unsere Bevölkerung durch die Billiglohn-Fabriken (Maquilas) gelöst würde. Sie rechnete damit, dass durch das 2004 verhandelte und seit 2006 gültige Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten (CAFTA), die Maquila- Betriebe massenhaft ins Land kommen würden und alle Welt Arbeit fände. Aber diese optimistischen Rechnungen gingen nicht auf. Danach müssten die Billiglohnfabriken in Nicaragua heute mit ihrer Produktion 2,28 Milliarden US-Dollar an Brutto-Exporteulösen einbringen und ihre Infrastruktur hätte sich bezogen auf das Jahr 2006 vervierfacht haben müssen. Die Rechnungen schlugen fehl: im Jahre 2010 erreichten die Exporterlöse aus diesem Bereich lediglich 1,23 Milliarden US-Dollar und die Infrastruktur der Betriebe vervielfachte sich um den Faktor 2,5. Die Regierung setzte zur Lösung des Beschäftigungsproblems auf die Maquilas und verlor andere Sektoren aus dem Blick und legte wie man in Nicaragua sagt, „alle Eier in einen einzigen Korb“, ein Korb, der bis heute nicht in ausreichendem Maße Beschäftigung erzeugt, noch den demographischen Bonus abdeckt: im Jahre 2010 schuf der Maquila- Sektor nur 89.927 Arbeitsplätze.

Das Gewicht des Agrarsektors

Weil ich dem ländlichen Raum zugeneigt bin, scheint mir für Nicaragua eine Entwicklung mit Hilfe der Maquilas viel weniger wert zu sein als der Weg über die Entwicklung des ländlichen Raums. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Gefühl der Empathie für das Ländliche. Die Zahlen der nicaraguanischen Zentralbank stützen meine Überzeugung. Für das Jahr 2010 stellte die Landwirtschaft als Primärbereich 32,2% aller Arbeitsplätze im Lande und gewährleistet damit 834.200 Stellen. Und wenn man in Betracht zieht, dass 70% unseres industriellen Sektors eine agroindustrielle Grundlage hat (Fleisch, Zucker, Milchprodukte), folgt daraus, dass zwischen 35 und 38% aller Beschäftigung in unserem Land von der landwirtschaftlichen Produktion abhängt.

Diese Ziffer ist die Grundlage für eine Diskussion über die Sektoren, die Beschäftigung erzeugen. Aber es gibt noch eine andere Zahl: 61% unserer Exporte stammen aus dem Agrarbereich, die sich aufteilen in 35% Ausfuhren von Grundstoffen und 26% verarbeitete Agrarprodukte. Trotz dieser zahlenmäßigen Beweise gibt es öffentliche Funktionäre, die in Abrede stellen, dass der Agrarsektor der Motor zur Entwicklung Nicaraguas sein kann.

Wenn das Hauptproblem des Landes die Arbeitslosigkeit ist, wie dies alle Umfragen zeigen, dann müsste unsere staatliche Politik auf einen führenden Bereich setzen, der Arbeitsplätze und selbstständige Beschäftigung schafft. Wir wissen bereits, dass dies der verarbeitende Sektor, die Billiglohnfabriken, nicht erreicht hat. Auch wissen wir, dass dies nicht der Dienstleistungsbereich ist, obwohl Statistiken der Zentralbank begründen, dass dieser Sektor mit 52% die größte Zahl von Arbeitsplätzen aufweist, aber 53% der in diesem Bereich arbeitenden Menschen unterbeschäftigt sind, das heißt, dass diese Menschen in den letzten drei Monaten wenigstens eine Woche gearbeitet haben. Von diesen Personen sind 13,7% Teilzeitbeschäftigte und nur 32% verfügen über eine volle Beschäftigung. Diese Lage im Dienstleistungssektor erklärt auch, warum die Menschen nicht vom Lande in die Stadt ziehen. Viele haben die Einschätzung, dass sie in der Stadt noch ärmer wären, als sie es in ihren ländlichen Gemeinden sind.

Um zu zeigen, dass unsere Landwirtschaft in jeder Hinsicht Meisterin ist, muss auch erwähnt werden, dass die von Nicaragua seit 1991 bis heute verfolgte Handelspolitik die Existenz des ländlichen Bereichs erheblich erschwert hat. Dennoch kann 19 Jahre nach einigen dieser staatlichen Entscheidungen niemand das erhebliche Gewicht dieses Sektors bestreiten.

Die Geschichte dieser Wirtschaftspolitik

Im Jahre 1991 entschied die damalige Regierung, dass Nicaragua seine Wirtschaft vollständig liberalisieren müsse. Ausgehend von damals entschied sie, unsere wirtschaftlichen Schutzbarrieren, die Einfuhrzölle, zu senken. Diese staatliche Entscheidung verursachte einen radikalen Wechsel. So lagen beispielsweise die durchschnittlichen Schutzzölle für die Einfuhr von Agrarprodukten aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1991 bei 67,9%. Im Jahre 2003, noch vor dem Abschluss des Freihandelsabkommen CAFTA, betrug der Schutzzoll noch 6,2%. Deshalb, als viele Leute über das Für und Wider eines Beitritts zum CAFTA- Abkommen diskutierten und das Senken unserer kommerziellen „Schutzbarrieren“ als gefährlich ansahen, sagten andere: „Aber die haben wir seit langem schon abgesenkt, und dies ohne Gegenleistung! Was uns heute obliegt, ist damit Marktzugänge zu suchen.“

Das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, ADA, haben immerhin einige scharfe Kritik hervorgerufen. Aber es bestehen einige andere Freihandelsabkommen die „über Nacht“ kamen, und ernstlich unseren ländlichen Bereich berühren. Wer erinnert sich an das Freihandelsabkommen mit México, das jetzt schon 10 Jahre besteht und das alle Nahrungsmitelefuhren aus México von allen Zöllen freistellt? Wie viel hat man dafür ausgegeben, unsere Produzenten darauf vorzubereiten, gegen alle schon abgeschlossenen Abkommen anzutreten? Und was CAFTA abgeht: wie viel investiert man in ein ergänzendes Programm? Wir wissen, dass es im ländlichen Bereich Bevölkerungsteile gibt, die von den Veränderungen die der Freihandel erzeugt, geschädigt sein werden; was tun wir, um diese Menschen zu stärken? Als man das CAFTA- Abkommen unterzeichnete, erwartete man, dass sich Nicaragua in eine große Billiglohnfabrik verwandeln würde. Dies geschah nicht und es ist klar, dass dies nicht geschehen wird. Wie bereiten wir unseren Agrarsektor auf die Veränderungen vor?

Die Kräfteverhältnisse im internen Markt

In den Freihandelsabkommen gibt es immer Kapitel, die sich auf die Attraktivität und den Schutz der ausländischen Investitionen beziehen. Und auf der Grundlage dieser Privilegien für die ausländischen Investitionen hat man in Nicaragua den Dienstleistungssektor erobert. Der Tourismus, die Telekommunikation und andere Dienstleistungen sind schon in der Hand ausländischer Investoren.

Die Verlockung ausländischer Investitionen hat mit der Ankunft transnationaler Unternehmen und Firmen auch Auswirkungen auf unsere nationalen Märkte und unsere nationale Wirtschaft. Heute gehören die Supermarktketten „Pali“ und „La Union“ zur mächtigen US-Handelsgruppe Wal-Mart, die sie kaufte. Und schon dies führt zu Veränderungen und Forderungen bei Agrarerzeugnissen, die dort verkauft werden. Nur Erzeuger die über die Mittel verfügen, diese Forderungen zu erfüllen, können sich in diese Vermarktungskanäle integrieren. Diejenigen aber die hierzu nicht in der Lage sind, bleiben ausgeschlossen. Und in dem Maße, in dem die Supermarktketten in den Städten bei dem Handel mit Lebensmitteln an Gewicht gewinnen, verkleinert sich der Markt für die ausgegrenzten Produzenten.

Die Handelspolitik auf der internen Ebene, die Förderung der internen Märkte für Güter und Dienstleistungen, ist dem Agrarsektor ebenfalls wenig freundlich gesonnen. So sehr wir auch sagen in Nicaragua gäbe es eine Marktwirtschaft, so wenig trifft dies zu, denn die nicaraguanische Wirtschaft erfüllt nicht die Grundvoraussetzung für dieses Modell, und dies sind wettbewerbsfähige Märkte. Was wir in Nicaragua haben ist eine Ökonomie der Kartelle, wengleich dieses Wort einen schlechten Klang hat, weil es fast ausschließlich mit dem Drogengeschäft in Verbindung gebracht wird. Aber das Wort Kartell ist seit den 70er Jahren sehr gebräuchlich, als die OPEC (Organisation der Erdöl produzierenden Staaten) begann, die Preise auf Grund der Gewinnerwartungen ihrer Mitgliedsländer und nicht auf der Grundlage der Produktionskosten festzusetzen.

In der Ökonomie ist ein Kartell eine Wirtschaftsgruppe, die den Preis für ein Produkt festlegt. Es gibt eine interessante Arbeit von Professor Mario de Franco, der die Macht einiger Wirtschaftsgruppen in Bereichen unserer Ökonomie berechnet. Seine Studie zeigt, dass im Bereich der Zuckerproduktion nur zwei Unternehmen 85,6% der gesamten Zuckerexporte kontrollieren. Das bedeutet, dass irgendein Zuckerproduzent nicht an diesen beiden Unternehmen vorbeikommt. Im Fall von Kaffee, einem für unsere Wirtschaft so wichtigen Produkt, kontrollieren lediglich drei Firmen 88,5% der Kaffee-Exporte. Bei Milchprodukten kontrollieren ebenfalls nur drei Unternehmen 63,7% der Exporte. Und im Falle von Fleisch werden 89,1% der Exporte von

vier Unternehmen beherrscht. Nur im Falle von „Granos basicos“ (Körnerförmige Produkte wie Bohnen, Reis und Mais) besteht im Markt ein Wettbewerb, über den bis jetzt noch niemand die Kontrolle erlangt hat.

Die Mechanismen der Kartelle

Ich bleibe bei dem Fall von Fleisch, damit wir besser verstehen was es bedeutet, wenn ein Kartell die Marktpreise kontrolliert. In der Zeit von 2009 bis 2010 erlebte Nicaragua einen Preisverfall bei Schlachtvieh und Fleisch und als Erklärung hörte man, dass der Preis wegen der internationalen Wirtschaftskrise gefallen sei. In jenem Jahr gab es einen kleinen Fall des Fleischpreises (von 3,32 US-\$ /kg in 2008 auf 3,23 US-\$ /kg in 2009), aber die Preise waren sehr viel höher als im vorhergehenden Jahr (3,02 US-\$/ kg in 2007) Im Jahr 2009 exportierte Nicaragua zu einem guten Preis mit einer Erhöhung der Menge von 15% und einem Anstieg des Exportwertes von 9,5% sogar mehr als im Jahr 2008. Trotzdem war Fleisch auf dem nationalen Markt nie billig und die nationalen Erzeuger erlebten eine schwere Krise. Das beeinträchtigte ihre finanziellen Verhältnisse: sie gerieten in Zahlungsverzug und mussten ihr Vieh zu sehr niedrigen Preisen an den Meistbietenden verkaufen.

Was war tatsächlich geschehen? Obwohl wir keine Beweis haben deuten doch alle Anzeichen darauf hin, dass es zwischen den vier Unternehmen die den Fleischmarkt kontrollieren, eine Absprache gab die darauf abzielte, die Viehpreise im Lande zu drücken. Sie fürchteten offenbar, dass ihnen wie den Unternehmen die den Eisenhandel kontrollieren ergehen könnte, die teure einkaufen und billig verkaufen mussten. Deshalb entschieden die Unternehmen des Fleischexportes vorsorglich, mögliche Verluste auf die nationalen Erzeuger zu verlagern. Das entscheidende Detail war, dass es keinen großen Verfall der internationalen Fleischpreise gab und auch die inländischen Preise für Schlachtvieh nicht stiegen. Deshalb glaube ich, das was stieg waren die Gewinnspannen der Unternehmen, die den Fleischmarkt kontrollieren.

Die globalen Tendenzen weisen darauf hin, dass die Preise aller Nahrungsmittel weiterhin hoch bleiben werden. Etwas das die Internationale Zusammenarbeit in Nicaragua gut gemacht und erreicht hat ist, das fast alle Kooperativen die Kaffee erzeugen, immer aktuelle Informationen über die internationalen Kaffeepreise haben. Das erlaubt ihnen unter besseren Bedingungen ihre Geschäfte durchzuführen. Bei den Viehzüchtern ist die Lage anders: sie sind nicht so gut organisiert und von einem nachgelagertem industriellen Prozess abhängig, der nicht in ihren Händen liegt. So lange es hier keine Einigkeit gibt, so lange sehen die Unternehmen keine Veranlassung, unter anderen Bedingungen zu verhandeln. Die Erzeuger werden so keinen größeren Anteil vom Verbraucherpreis erhalten, weil kein Unternehmen der Fleischindustrie aus purer Freundlichkeit auf seine Gewinnmarge verzichten wird.

Die Ökonomie der Kartelle erzeugt sehr erste Strukturprobleme. In Nicaragua sind Monopole und Oligopole legal. Und wir wissen, dass eines der übelsten Probleme der Marktwirtschaft genau die Monopole sind. Im Falle von Reis kann man ebenfalls die Auswirkungen eines Monopols das diesen Produktbereich kontrolliert, sehen. Die Graphik über den internationalen Preisverlauf für Reis in den Jahren 2007 bis 2010 zeigt einen schnellen und beachtlichen Anstieg der Verbraucherpreise und weist gleichzeitig aus, dass der Preis der den nationalen Erzeugern gezahlt wurde, über all diese Jahre bei einem geringen Anstieg stabil war. Bei wem blieb also die Differenz? Ganz einfach: in Nicaragua gibt es nur ein einziges Unternehmen, das 70% des importierten Reis und 70% des im Inland erzeugten und gehandelten Reis kontrolliert. Diese Marktkontrolle erlaubt diesem Unternehmen den internen Preis den unsere Erzeuger erhalten, zu bestimmen.

Als man über eine zentralamerikanische Strategie zur Förderung der Landwirtschaft diskutierte, sprachen wir mit einer hohen Funktionärin von MIFIC (Ministerium zur Förderung von Industrie und Handel) auch über die Auswirkungen welche die Wirtschaft der Kartelle hat. Sie sagte mir: „Daran können wir nicht rühren, wir würden uns mit diesem Thema in ein großes Problem einmischen.“ Hartnäckig fragte ich nach, weshalb man nicht an dieses Problem rühren könne, in Nicaragua herrscht doch eine Marktwirtschaft. Ihre Antwort aber war: „In jedem Lehrbuch der Ökonomie kann man lesen, das bei Monopolbedingungen der Staat intervenieren muss, um zu gewährleisten, dass die Preise schwanken können“. Sie beendete das Gespräch mit der Bemerkung: „Die ist ein sehr kompliziertes Thema.“

Reaktionen des Staates

Es ist tatsächlich ein Strukturproblem, dem sich unsere Agrarerzeuger täglich gegenübersehen. Und sie befinden sich im Mittelpunkt der unerledigten Agenda, der vergessenen Agenda, der Agenda die nicht offen diskutiert , warum Themen „sehr kompliziert“ sind. Ich glaube, dass es der gegenwärtigen Regierung bewusst ist, welches Problem die Monopole darstellen und das jemand bei den Preisen eingreifen muss. Als im Jahre 2008 die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe schossen, richtete der Staat in den Stadtteilen Läden von ENABAS (Staatliches Unternehmen für Grundnahrungsmittel) ein, wo Grundnahrungsmittel für 60% des

marktüblichen Preises, ein beachtlicher Preisnachlass, verkauft wurden. Das Problem bei dieser Maßnahme war, dass der Staat nicht über ausreichende Lagerkapazitäten verfügt, um für diese Läden einen stabilen Warenfluss aufrechtzuerhalten. Aber der Staat lernt, und er lernt schnell. Im Jahre 2011 kam es zu einer Preisexplosion bei Erdöl – was immer auch ein Hochschießen der Preise für Nahrungsmittel auslöst – und der Staat handelt und kontrolliert die Exporte von Bohnen, in dem er Exporthemmnisse für die Ausfuhr dieses Produktes nach El Salvador, Costa Rica und Honduras errichtet hat. Damit wird die Versorgung im Inland sichergestellt und hält man die Preise hierfür stabil. Würde man unkontrolliert die Exporte freigeben, stiegen die Preise. Trotzdem ist eine solche Maßnahme nur vorübergehender Art und gibt keine Antwort auf die Strukturprobleme im ländlichen Bereich.

Wir haben gesehen, dass der Agrarbereich trotz vieler widriger struktureller Beschränkungen im Bezug auf die Exporte und Beschäftigung der Hauptsektor im produktiven Bereich ist. Die Statistiken sagen uns auch, dass der industrielle Bereich nicht so funktioniert hat, wie man das erwartet hat und sich die wichtigsten Teile des Dienstleistungssektors in ausländischen Händen befinden. Außerdem ist die Beschäftigungslage in diesem Feld ziemlich fragil, denn die Mehrzahl der Arbeitsplätze sind Teilzeitarbeitsplätze und/oder weisen alle Merkmale von Unterbeschäftigung auf. Wie kann man angesichts dieser Tatsachen nicht in Erwägung ziehen, dass der Agrarsektor in einem Rhythmus wächst, der mindestens die Beschäftigung im ländlichen Raum gewährleistet, aber es fehlt an der Entscheidung einiger Politiker, weil alles „sehr kompliziert ist“.

Die Verteilung von Grund und Boden

Ein anderes Strukturproblem welches die Daten von INIDE (Nationales Institut zur Information über Entwicklung) zeigen und die eine schwerwiegende Begrenzung in der Entwicklung des Agrarsektors darstellt und auch Teil der vergessenen Agenda der staatlichen Politik ist, besteht in der Ungleichheit beim Zugang zu Grund und Boden. Nicaragua ist auf diesem Gebiet eines der Länder mit dem größten Ausmaß an Ungerechtigkeit. Dies ist eine ernste Situation, denn wir sind fest von dem Lösungsansatz überzeugt, der sich auf die Aussage „Wenn wir nicht die Besitzstrukturen bei Grund und Boden verändern, wird es keine nachhaltige Verringerung der ländlichen Armut geben“ stützt. Wir verfügen über viele Umfragen und alle zeigen uns, dass es eine direkte Beziehung zwischen der Größe des Landbesitzes den Menschen zur landwirtschaftlichen Produktion besitzen und dem Einkommen über das sie verfügen gibt.

Nach der Erhebung im Agrarsektor von 2001 sind 75% der Agrarerzeuger Kleinbesitzer, die lediglich 20% der landwirtschaftlich genutzten Flächen bearbeiten. Großerzeuger sind 10% und diese kontrollieren 40% des Bodens, und weitere 40% des Bodens sind im Besitz mittlerer Erzeuger. In diesen Zahlen wird eine Statistik vergessen, die Zahl derer die kein Land besitzen (Los sin Tierra). Wie groß ist deren Zahl? Die Regierung weiß das, hat aber nie dieses Statistik veröffentlicht, hat nie preisgegeben, wie groß der Anteil der Landbevölkerung ist, die kein Land besitzt.

Nach der Erhebung von 2001 war schon in diesem Jahr die Besitzstruktur nahe an jener in den Zeiten der Somoza- Diktatur 1971. Wir erwarten, dass die Daten die in 2011 erhoben werden, eine noch ungleichere Situation als die von 1971 ausweisen werden. Schon nach der Erhebung von 2001 begann man von einer „Agrar-Gegenreform“ zu sprechen. Jetzt auf der Grundlage des neuen Zensus wird gezeigt werden, dass das Ausmaß der Konzentration von Landbesitz in nur wenigen Händen noch größer ist. Diese Wirklichkeit findet in der staatlichen Politik keine Beachtung. Es ist aber der zentrale Punkt in der vergessenen Agenda.

Eine große Anzahl Jugendlicher braucht Arbeit und es gibt außer dem Agrarsektor keinen anderen Bereich, der ihnen diese verschaffen und sie integrieren könnte. Gleichzeitig besteht eine hohe Besitzkonzentration im Agrarbereich, in dem 25% der Eigentümer 80% des Bodens besitzen. Und um die Lage noch eindrücklicher zu schildern muss man erwähnen, dass wir dabei sind, die biologischen Reserven unseres Landes „aufzuessen“. Wer nach Bosawás reist wird feststellen, dass die gesamte Pufferzone dieser größten Naturreserve Nicaraguas und Zentralamerikas schon in eine einzige große Viehweide verwandelt ist. In den 60er Jahren glaubten wir noch illusionärerweise, wir könnten die Agrarzone bis in die Karibik ausdehnen, aber diese Vorstellung können wir nicht mehr weiter verfolgen. Dieses sind Strukturprobleme, die schwer die Landwirtschaft beeinträchtigen, aber gleichzeitig auch heikle Themen, die staatliche Politik nicht behandeln möchte.

Wegen des Teils der ländlichen Bevölkerung die kein Land besitzt, haben wir direkt bei INIDE nachgefragt, aber keine Antwort erhalten. Auch ohne genaue Zahlen können wir aber eine Rechnung anstellen: die Erhebung von 2001 weist aus, dass es 200.000 produzierende bäuerliche Familien im Lande gibt und die Volkszählung hat 431.500 ländliche Haushalte erfasst. Ist in der Differenz beider Zahlen die Anzahl der Landlosen zu finden? Die offizielle Haltung von INIDE sagt dazu nein und erklärt diese Rechnung für ungültig. Trotzdem ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die Zahl der Landlosen zwischen 200.000 und 215.000 Haushalten bewegt. Dies liegt

sehr nahe an dem, was wir in unseren lokalen Erhebungen festgestellt haben. Danach besitzen 40-50% der Befragten kein Land.

Land zu haben alleine genügt nicht

Das Ganze ist ein wichtiges Strukturproblem. Was tun wir für die Landlosen? Wir sprechen hierbei über nicht weniger als eine Million Menschen die in ländlichen Bereich leben und kein Land zur landwirtschaftlichen Produktion besitzen. Was tun wir, damit diese Menschen etwas produzieren können, damit sie Arbeit haben, damit sie durch ihrer Hände Arbeit erzeugte Nahrungsmittel haben? Noch wissen wir keine Antwort auf diese enorme strukturelle Herausforderung.

Ich weiß, dass es einige Überempfindlichkeiten gibt, wenn man von einer Agrarreform spricht. Und eines der Hauptargumente die das hervorruft ist, dass es eine Menge von Landlosen gibt, die Grund und Boden erhalten haben und diesen wieder verkauft haben und mit dem Verkauf von Land ein Geschäft gemacht haben.

Ich glaube, dass es aus der Agrarreform der 80er Jahre und der Agrar-Gegenreform der 90er Jahre Erkenntnisse gibt, die der Mühe wert sind, genau betrachtet zu werden. Für die Jahre der größten Gegenreform 1994,1995 – 1996, konnten wir nachweisen, dass die Gemeinschaften die ihren Boden den sie bekamen bewahrten diejenigen waren, die auch über Wasser verfügten um Mais und Bohne anbauen zu können, während die Anwesen die nur für die Viehhaltung geeignetes Land erhielten und einiges Kapital für Investitionen um produzieren zu können benötigten, diese Investitionen nicht tätigen konnten und deshalb ihr Land wieder verkauften und aufgaben. Dies zeigt uns, dass der Zugang zu Land wichtig ist, es aber nicht genügt, nur Grund und Boden zu haben. Diesen Besitz zu verkaufen oder nicht zu verkaufen hängt sehr von der Qualität des Bodens und dem Zugang zu technologischen und finanziellen Quellen um produzieren zu können ab. Wir von der Nitlapan- Redaktion haben uns in einen Typus von Landwirt hineinversetzt, den wir als „armen Bauern mit Land“ bezeichnen. Dies sind Bauern mit einem Grundbesitz von 35 Hektar, von denen nur 2 Hektar für den Anbau von Mais und Bohnen tauglich sind, und die keinen Zugang zu Finanzierungsquellen haben. Deren Leben und Wirtschaft ist deshalb an das angepasst und auf das beschränkt, was sie auf zwei Hektar Anbaufläche erzeugen. Das übrige Land verpachten sie an Viehhalter oder lassen es ungenutzt, weil sie selbst nicht in Viehhaltung investieren können. Obwohl sie über eine beachtliche Ausstattung mit Grund und Boden verfügen, können sie nur Subsistenzwirtschaft betreiben.

Gegenwärtig findet in La Dalia (Gemeinde im Departement Matagalpa) ein interessanter Vorgang der Parzellierung von Land statt. In La Dalia widmen sich die Leute dem Anbau von Mais und Bohnen, sowie der Kultivierung von Kaffee. Die Kaffeekulturen befinden sich aber in einem schlechten Zustand und es wären umfangreiche Investitionen notwendig, um sie auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Es ist sicher, dass einige Bauern ihre Kaffeepflanzungen verkaufen werden, weil ihnen für die Renovierung derselben das Geld fehlt und sie nur das Land für en Mais- und Bohnenanbau behalten werden. Dies ist die Komplexität, die sich aus der Agrarreform der 80er Jahre ableitet.

Das es Leute geben mag die davon leben sich hier Land zu schnappen und dann zu verkaufen und an einen anderen Ort zu gehen und dort neues Land zu suchen, geschieht auch, denn es gibt in Nicaragua kein eindeutiges Register über diejenigen, die mit Land bedacht worden sind. Ich kenne persönlich Ex-Militärs, denen man Land in Timal (Departement Managua) übertragen hat und die heute noch einmal Land an einem anderen Ort für sich beanspruchen. Wie ist das möglich? Die einzige Erklärung ist die, dass es kein Basis-Register über die Personen gibt, die während der Jahre der Agrarreform Grund und Boden erhalten haben.

Das Panorama der Finanzierung des Agrarsektors

Seit dem Jahre 2006 schlagen wir die progressive Besteuerung von Landbesitz vor, die eine Reihe politischer Möglichkeiten eröffnen würde. Wir können nicht mit dem Modell weitermachen, sieben Hektar Weideland herzugeben für die Ernährung einer Kuh oder eines Jungstiers. Die Tatsache dass ein Produzent für Grund und Boden mehr zahlen muss wird ihn dazu verpflichten, sein Land effizient zu nutzen oder es zu verkaufen. Selbstverständlich würde die Zielgruppe dieses Mittels die 10% der größten Grundbesitzer sein. So könnte ein Mittel neue Möglichkeiten eröffnen, nämlich von der errechneten Steuerschuld den Steueranteil für jene Flächen abziehen, die bewaldet sind und /oder für die natürliche Regeneration von Wald ungenutzt bleiben. Mit einer einzigen Maßnahme ergäben sich vielfältige Vorteile, aber der Staat müsste gegen jene 10% große Grundbesitzer handeln, die eine große politische und wirtschaftliche Macht darstellen.

Für eine umfangreichere Entwicklung des Agrarsektors müsste es auch eine Gewährleistung für die Finanzierung der Agrarproduktion geben. Seit den 90er Jahren hat der nicaraguanische Bankensektor

grundsätzlich und vorzugsweise Konsumkredite vergeben. Wegen dieses Kurses tauchten seither eine Reihe von „Mikrofinanz-Instituten“ auf, um dem Agrarsektor, der als riskant und ohne wirkliche Sicherheiten angesehen wird, Zugang zu Krediten verschaffen. Im Jahre 2008 verfügten diese Finanzierungsinstitute über einen Kreditbestand von 249 Millionen US-Dollar, von denen 52% (128,6 Millionen US-Dollar) auf die Agrarproduktion entfielen. Zum Vergleich: Die Bank „Produzieren wir!“, eine öffentliche Förderbank – von der Regierung 2010 zu Finanzierung des ländlichen Sektors gegründet – wurde mit einem Kapitalstock von 50 Millionen US-Dollar geschaffen. Das bedeutet, dass die Mikrofinanz- Institute ein Kapital bewegten, das 2008 bereits 2,5mal größer war. Alle Welt hieß die Schaffung der Bank „Produzieren wir!“ willkommen, denn es gibt genügend Raum und einen großen Finanzierungsbedarf in diesem Bereich, aber diese Bank ist neu und wendet strenge Begrenzungen bei der Kreditvergabe an, um Rückzahlungsverzug abzuwenden, und sie gewährt nur kleine Summen.

Eine Antwort auf die Finanzierungsnotwendigkeit für den ländlichen Sektor ist jetzt auch die staatliche Kooperative ALBA CARUNA, die sich aus Geldern der Zusammenarbeit mit Venezuela speist, um daraus Kredite zu gewähren. Gemäß Informationen von ASOMIF (Vereinigung der Mikrofinanz-Institute in Nicaragua) verfügte die Kooperative 2011 über 8,7 Milliarden Cordobas (ca. 392 Millionen US-Dollar) für die Kreditvergabe. Gleichwohl ist es schwierig genaue Daten zu bekommen, wie viel Kredite ALBA CARUNA vergibt, wie sie und wohin sie die Kredite vergibt und wie hoch der Kreditrückfluss ist, denn die Regierung liefert keine Informationen.

Während vieler Jahre war CARUNA ein sehr kleines Mikrofinanz-Institut das zu ASOMIF angehörte. Es hatte nur ein begrenztes Wachstum und beschränkte Kapazitäten. Mit der neuen Regierung erhielt CARUNA sehr plötzlich eine massive Geldspritze aus der Zusammenarbeit mit Venezuela. Aber auf Grund der Geschichte als Institution fiel es schwer, diese enorme Geldmenge unterzubringen, einem Fond der über dem historisch höchsten Stand lag, den ASOMIF mit seinen 19 Mitgliedsinstituten und 350.400 Kunden je zu verzeichnen hatte. Gegenwärtig finanziert ALBA CARUNA Kooperativen. Und ich stelle mir vor, dass die Finanzierung von Kooperativen für diese Institution der effizienteste Weg ist, denn die Kooperativen verteilen, überwachen und tilgen die Gelder im Wege ihrer eigenen internen Mechanismen, was ALBA CARUNA Kosten spart und ihr die Ausweitung ihres Wirkungsbereiches erlaubt. Die Frage ist, ob sie es erreicht, wirksam die große Geldmenge zu platzieren, die 7,8mal größer als die Bestandssumme der staatlichen Bank „Produzieren wir!“ ist.

In dieser strukturellen Verkettung der mageren Finanzierung für den ländlichen Sektor zog 2008 eine dunkle Wolke auf, die sich heute über die ländliche Wirtschaft legt: die Bewegung der „Zahlungsverweigerer“ (No Pago), später „Produzenten des Nordens“ genannt. Es herrscht keine Klarheit über die Anzahl von Erzeugern, die dieser Bewegung angehören. Die Bewegung selbst gibt an, dass es mehr als 13.758 Kunden von 67 Finanzinstituten seien, die eine Schuldenlast von anfangs 25 Millionen US-Dollar auf sich vereinen. Das Angebot dieser Bewegung richtet sich auf eine Restrukturierung dieser Schulden mit dem Ziel eines Tilgungszeitraumes von 10 Jahren und einem Zinssatz von 10%. Die Bewegung der Zahlungsverweigerer begann 2008 und hat dem ländlichen Sektor und dem Land, ob wir mit ihnen sympathisieren oder nicht, eine schwere Krise beschert.

Als die Bewegung entstand, war die Reaktion der Regierung sehr zwiespältig und ließ deshalb viele Deutungen zu. Deshalb gab es auch die Einschätzung die Regierung würde die Bewegung unterstützen, was diese dazu ermutigte, die Einrichtungen einiger Mikrofinanz-Institute zu besetzen und zu beschädigen und als Druckmittel einige in Brand zu setzen. Daraufhin beschloss das Parlament zur Lösung des Problems ein Schuldenmoratorium, was jedoch nicht viel bewirkte, denn von 5.000 durch das Gesetz betroffenen Kunden akzeptierten nur 7,3% die vom Gesetz vorgesehen Bedingungen zur Restrukturierung der Schulden.

Nach drei Jahren der Spannungen waren die Wirkungen der Bewegung der Zahlungsverweigerer sehr negativ. Die Mikrofinanz-Institute erreichten einen Anteil von im Verzug befindlichen Kredittilgungen von 20%, etwas das in den letzten 10 Jahren noch nicht vorgekommen ist. Viele Mikrofinanz-Institute ließen ihre Kredite in den Konsum fließen und vernachlässigten den produktiven Bereich, und im Jahre 2010 verringerte sich der Kreditbestand für den Agrarsektor um 35,8% im Vergleich zu 2008. Und das Schlimmste zum Ende des Jahres 2010 war die Verringerung der Kreditmittel von 246 Millionen US-Dollar auf 176 Millionen US-Dollar, ein Verlust von 70 Millionen US-Dollar, der das System der Mikrofinanz-Institute ernstlich getroffen hat. Und nicht nur dieses! Eines der schweren Probleme denen sich heute die Mikrofinanz-Institute gegenübersehen betrifft das Geld, das sie von solidarischen europäischen Geberländern erhalten und das nicht nur in immer geringerem Umfang, sondern auch zu höheren Kosten eingeht. Dieses Geld traf in Nicaragua zu einem Anfangszinssatz von 7 – 8% ein, auf dessen Basis jedes Institut die Kredite vergab. Zu diesen Kosten summieren sich 8% Geschäftskosten, so dass die Mikrofinanzinstitute mit Zinssätzen von 16% arbeiteten. Jetzt verwandelte die Bewegung der Zahlungsverweigerer Nicaragua für Kreditgeber in ein Risikoland und die Zinssätze sind noch höher. Diese von den Zahlungsverweigerern geschaffene Lage hat die BID (Interamerikanische

Entwicklungsbank) dazu veranlasst, im Länder-Ranking des Geschäftsklimas Nicaragua von Platz 6 auf Platz 13 und in dem für das Investitionsklima von Platz 13 auf Platz 34 zu setzen.

Heute haben die Zahlungsverweigerer ihre Forderung verändert und bitten den Staat, dass er ihre Schulden den sie beim Finanzsektor haben kaufen und sich gegenüber diesem Sektor verpflichten sollte, die Schulden in einem Jahrzehnt zurück zu zahlen. Als Gegenleistung bieten die Zahlungsverweigerer an, in den kommenden Wahlen im November für Daniel Ortega zu stimmen und begeben sich so in das allgemeine „Wahlfieber“. Wenn der Staat die Schulden der Zahlungsverweigerer kauft, würde der Finanzsektor sein Kapital zurückbekommen, aber man würde einen negativen Präzedenzfall für die nächsten Gemeinde- oder Nationalwahlen schaffen, wo dann eine ähnliche Gruppierung mit ähnlichen Forderungen und vergleichbarem Druck erscheinen würde.

Maßnahmen des Staates

Unter all diesen Problemen hat die Regierungspartei in dieser Legislaturperiode, und sicher auch für die nächste, wenn sie die Wahlen gewinnt, zuallererst dem Ziel die Verringerung der Unsicherheit im Bereich der Ernährung, als zentralem Element in der Reduzierung der Armut und extremen Armut, den Vorrang eingeräumt. Um dieses Ziel zu erfüllen hat sie sich entschieden, auf ein Programm zu setzen, das den Menschen hilft ihre Ernährung zu verbessern, Mais und Bohnen zu produzieren oder ihnen Nahrungsmittelhilfe gewährt.

Auf die Verbesserung der Ernährungslage im ländlichen Bereich hat die Regierung ihre Hauptanstrengung gelegt. Und deshalb hat sie für 2011 als wichtigste Intervention im Agrarsektor die Verteilung von Saatgut ins Auge gefasst. Dabei ist das Ziel, im laufenden Jahr 2011 etwa 53.928 Zentner Saatgut für Bohnen, Mais und Sorgho für 91.600 Bauern zur Sicherstellung ihrer Produktion auf einer Gesamtfläche von 64.600 Hektar bereitzustellen.

Die Regierung hat viel in das Nicaraguanische Institut für Agrartechnologie, INTA, investiert um zu garantieren, dass es auch für die Trockenzeit geeignetes Saatgut gibt, um damit auch den Auswirkungen des Klimawandels Rechnung zu tragen. Dabei handelt es sich nicht um gentechnisch verändertes Saatgut, sondern um Hybridzüchtungen. Bis heute arbeitet INTA nach allem was bekannt ist, nicht mit gentechnisch veränderten Organismen. Die Regierung plant auch, an 56.000 Personen die als besonders gefährdet angesehen werden (schwängere Frauen und unterernährte Kinder), Lebensmittel zu verteilen und an weitere 42.000 Personen diese gegen eine entsprechende Arbeitsleistung auszuhändigen.

Im laufenden Jahr hat die Regierung im Rahmen des Programms „Null Hunger“ (Hambre Cero) auch die Gewährung von Vergünstigungen an weitere 33.300 Frauen vorgesehen, um sich damit dem Ausgangsziel dieses Programms zu nähern, 75.000 Familien diese zugute kommen zu lassen. Damit soll das Niveau der Versorgung mit tierischem und pflanzlichem Eiweiß angehoben werden.

Zu Zeit hält noch die Diskussion darüber an, ob das Programm „Null Hunger“ eine strukturelle Veränderung bewirken wird, die den begünstigten Familien den Weg aus der Armut erlaubt. Kurzfristig sind die Familien hinsichtlich der Vergünstigungen mit „Betriebskapital“ versehen, denn sie erhalten Vieh und Saatgut. Die ungeklärte Frage nach der mittelfristigen Perspektive ist, ob diese Maßnahme einen Strukturwandel bewirken wird. Die Vergünstigungen werden nur Frauen und Familien die über Grund und Boden verfügen eingeräumt. Vor dieser Tatsache taucht erneut die Frage auf: welches sind die Programme für die tausenden von landlosen Familien? Und wenn das Programm der direkten Verteilung von Lebensmitteln auch die Landlosen einschließt, müsste der Staat diese Intervention, die gegenwärtig kaum 10% der landlosen Bevölkerung abdeckt, vervielfachen.

Die Regierung setzt darauf, dass das Programm „Null Hunger“ einen Strukturwandel erzeugen wird und hat deshalb das Institut für ländliche Entwicklung, IDR, mit der Aufgabe betraut, in Kooperativen für insgesamt 10.000 Familien das Programm „Null Hunger“ zu organisieren und ihnen zu helfen sich zur Verbesserung ihrer Einkommenssituation in landwirtschaftliche Produktionsprozesse zu integrieren, die ihnen mit der Erzeugung von Mais, Bohnen, Milch, Fleisch und Kakao einen Mehrwert einbringen.

Die Rolle des Institutes für ländliche Entwicklung und des Landwirtschaftsministeriums

Das Institut für ländliche Entwicklung, IDR, hat einen wichtigen institutionellen Wandel durchgemacht. Seit seiner Gründung ist das Institut eine Einrichtung zur Verwaltung aller ländlichen Projekte der Regierung gewesen. Es war als die Verwalterin des präsidialen Projektbestandes bekannt. Heute hat die Regierung das IDR mit einer genau bestimmten Aufgabe im Agrarbereich betraut: die Politik zur Förderung der Agrarindustrie im ländlichen Bereich zu leiten und umzusetzen. Diese Aufgabe stellt für das IDR eine sehr positive

Veränderung dar und weist ihm eine konkrete Funktion und eine klare Orientierung in der staatlichen Politik für diesen Sektor zu.

Die in Subsistenzwirtschaft lebenden Bauern zu in der agroindustriellen Produktionskette integrierten Erzeugern umzuformen, wird grundsätzlich wegen der stattgefundenen Aufsplitterung in der Verteilung der Produktionsvergünstigungen des Programms „Null Hunger“ eine Herausforderung für das IDR sein. Dass das IDR mit den Begünstigten des Null-Hunger-Programms die Schaffung einer agroindustriellen Struktur erreichen wird ist eine riskante Annahme und erst mittelfristig wird man wissen, ob dies funktioniert hat. Wir haben hier viele Vorbehalte weil bei den gegenwärtigen Bodenbesitzverhältnissen bei den Begünstigten des Programms ihr Produktionsvolumen weiterhin klein bleibt und wenn die Finanzierung begrenzt bleibt, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie in der Produktion nicht die Dynamik erreichen, die eine Investition in agroindustrielle Strukturen rechtfertigen würde.

Das Landwirtschaftsministerium hat aktuell alle Nutznießer des Null-Hunger-Programms in seiner Internet-Präsentation erfasst, um mit dieser Information der Forderung nach Transparenz nachzukommen. Was wir nicht wissen ist ob eine ständige Kontrolle darüber bestanden hat, in welchem Masse die Nutznießer des Programms von dessen Vergünstigten profitiert haben. Überwachung ist immer eine Frage der Ressourcen. Während der Regierung von Enrique Bolaños wurde das Landwirtschaftsministerium auf die kleinste Formel reduziert weil man meinte, dass dessen Ziel das Ausdenken der spezifischen Politik wäre und dafür nicht viel Personal erforderlich sei. Im Jahre 2007, mit dem Regierungswechsel, forderte man vom Ministerium nicht nur das „Denken“, sondern auch Landwirtschaftspolitik in die Praxis umzusetzen, ein enormes Aufgabenpaket und dies bezogen auf das gesamte Land. Das bedeutete eine weitreichende Veränderung. Deshalb sind die Anfangsjahre des Ministeriums von vielen Anpassungen und viel Kopfzerbrechen geprägt gewesen.

Unter Berücksichtigung dieses Überganges verstehen wir, dass die Regierung mit Beginn 2011 die Überwachung der Ergebnisse des Null-Hunger-Programms entwickeln wird und diese Aufgabe dem IDR mit dem Ziel zuordnet, den Ergebnissen der Produktionsvergünstigungen eine Bedeutung zu geben. Vieles wird auch davon abhängen, welchen Haushalt das Landwirtschaftsministerium, IDR und INTA zur Verfügung haben, um alles machen zu können. Im Jahre 2009, als es Haushaltskürzungen gab, entzog man dem Landwirtschaftsministerium 188,9 Millionen Cordobas und 25,7 Millionen Cordobas dem IDR. Dazu zu rechnen sind die Kosten von 50 Millionen US-Dollar für die Weiterführung der Förderbank (Banco de Fomento). Und im Jahre 2010 kürzte man den Haushalt des IDR um 112,59 Millionen Cordobas. Immer stand der Agrarsektor bei Haushaltskürzungen in vorderster Linie. Dies vermittelt eine Vorstellung davon, welchen geringen Rang der ländliche Bereich in der staatlichen Politik einnimmt.

Zweifellos ist eine bessere Ernährung des ärmsten Bevölkerungsteils ein positives Ziel. Sich aber auf diese Handlungsebene zu beschränken heißt die Symptome, aber nicht die Krankheit selbst anzugreifen. Löst man nicht die Strukturprobleme, hält, man nur die Mechanismen in Gang, die auf dem Lande Armut und Ungleichheit hervorbringen.

Das Landwirtschaftsministerium nimmt weiterhin eine Schlüsselstellung ein, und deshalb hat man vor zehn Jahren die Notwendigkeit erkannt, diese Institution und ihre Politik gebietsweise zu organisieren. Die gegenwärtige Regierung hat damit begonnen, für die einzelnen Departements Produktionsministerien einzurichten. Dies ist ein wichtiger Schritt, aber diese Entscheidung muss von Personal, Material und einem Budget begleitet sein, damit die Beauftragten für die Departements mit den lokalen Beteiligten erfolgreich verhandeln können. Man muss mit dem Zentralismus und dem Vertikalismus der alles auf Managua konzentriert ein Ende machen und Funktionen auf die Departements verlagern. Aber nicht nur Funktionen sondern auch Budgets, denn nur Funktionen zu übertragen ist zwar Dezentralisierung, was wir aber in Nicaragua brauchen ist eine echte Dezentralisierung: die gemeinsame Verlagerung von Funktionen und Ressourcen.

Löhne und Preise

Wie können wir feststellen, ob wir auf dem Weg zu dem erträumten Ziel einer ländlichen Entwicklung vorankommen? Ich schlage die Beachtung zweier Schlüsselindikatoren vor: die Entlohnung im Agrarsektor und der Anteil des Verbraucherpreises, der dem einheimischen Produzenten bleibt. Zwar hängt der Lohn im Agrarbereich von dem jeweiligen Gebiet ab, liegt aber gegenwärtig bei einem Tagessatz von 30-40 Cordobas (0,95 – 1,28 Euro). In Gebieten mit einem größeren Arbeitsplatzangebot verdient man bis zu 50 Cordobas pro Tag (1,60 Euro).

Professor Eduardo Baumeister schätzt, dass ein nicaraguanischer Landarbeiter durchschnittlich einen Tageslohn von 2,50 US-Dollar verdient (1,77 Euro), während dem gleichen Arbeiter in Costa Rica bei gleicher

Beschäftigung nach Abzug der Sozialbeiträge 7 US-Dollar (4,95 Euro) bleiben würden. In Costa Rica ist das Arbeitskräfteangebot im ländlichen Bereich geringer und die Unternehmer müssen deshalb bessere Löhne bieten, um genügend Arbeiter auf ihren Fincas zu haben. Untersucht man die Migrationsbewegungen von Nicaragua nach Costa Rica sieht man, dass fast 40% der nicaraguanischen Arbeitskräfte in der Plantagen Costa Ricas aus städtischen Gebieten stammen. Dies erlaubt uns zu träumen: Wenn es in Nicaragua im Agrarsektor gute Löhne gäbe, blieben diese Arbeitskräfte hier und es fände eine umgekehrte interne Wanderungsbewegung statt; Menschen aus den städtischen Gebieten würden sich entscheiden, zum arbeiten in die Landwirtschaft zu gehen.

Welche Vorteile hat es gebracht, den venezolanischen Markt für nicaraguanische Produkte zu öffnen? Zweifellos hat dies Nicaragua geholfen, besser den Auswirkungen der US-amerikanischen Finanzkrise zu widerstehen. Das haben wir mit weniger Problemen überstanden, weil wir einen alternativen Markt hatten. Tatsächlich haben die Exporte in die USA aber abgenommen, weil die Nachfrage aus El Salvador nach Nahrungsmitteln sehr groß war. Heute genießen Honduras, El Salvador und Costa Rica bei dem Export unserer Nahrungsmittel einen wichtigen Vorrang.

Dass wir nach Venezuela exportieren bedeutet nicht, dass unsere Agrarerzeuger und unsere Landarbeiter mehr verdienen. Bis heute heißt dies nur, dass der Exportunternehmer, die Gruppen der Wirtschaftsunternehmen welche den Export kontrollieren, die Kartelle, mehr verdienen.

Wenn man uns verkündet, dass Venezuela uns einen „gerechten Preis“ zahlt, so hat dies damit zu tun, dass sie einen besseren Preis zahlen, weil wir an sie exportieren. Nach einem Bericht des Landwirtschaftsministeriums zahlte Venezuela im Jahre 2010 für Fleisch einen Preis von 4,075 US-Dollar pro Kilogramm. Für 2011 erwartet man, dass sie 4,45 US-Dollar zahlen. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass dieser „gerechte Preis“ bei unseren Erzeugern und Landarbeitern ankommt. Diese 40 oder 50 zusätzlichen Cent welche die Exporteure für jedes nach Venezuela exportierte Kilogramm Fleisch erhalten, gelangt nicht zu unseren Viehzüchtern. Der Mehrerlös bleibt ungeschmälert bei den großen industriellen Unternehmen, den vier Eigentümern der für den Export arbeitenden Schlachtbetriebe, die monopolartig diesen Bereich beherrschen.

Diese großen Unternehmen wären nur dann gezwungen bessere Preise und bessere Löhne zu bezahlen, wenn sie Arbeitskräfte unter den Bedingungen geringerer allgemeiner Arbeitslosigkeit suchen müssten und niemand seine Arbeitskraft für einen niedrigen Lohn verkaufen müsste. Niemand möchte arbeiten, wenn nicht gut bezahlt wird. Und die Lage wäre besser, wenn es in unserem Land Regeln gäbe, welche die Bildung von Monopolen und Preismanipulationen durch die Kartelle verhindern.

Die Kennziffern die ich vorgeschlagen habe um beurteilen zu können ob es einen echten Einsatz zur ländlichen Entwicklung gibt, sind auch für den Handel mit Venezuela anzuwenden. Wenn die Agrarerzeuger ihren Anteil am Verbraucherpreis erhöhen und die Löhne im Agrarsektor steigen, wird dies bedeuten, dass dieser Bereich und das Land sich in einem dynamischen Entwicklungsprozess befinden. Wenn beide Indikatoren, Erzeugerpreis und Lohn, niedrig bleiben oder stagnieren ist klar, dass die Vorteile des Handels den Wirtschaftsgruppen zufließen, die den Reichtum in unserem Land auf sich vereinigen.

Gemäß eines Berichtes der Zentralbank aus dem Jahre 2010 fiel der Reallohn, berechnet in Cordobas auf der Basis von 1994, um 5,6% im Jahre 2009, das heißt von 912,30 auf 861,4 Cordobas. Dies ist eine alarmierende Situation, weil dies ein geringerer Betrag als das durchschnittliche Lohn im Agrarbereich für 2007 (926 Cordobas) und 2006 (960 Cordobas) ist. Das erlaubt uns die Feststellung, dass in dieser Regierung keine Neigung zu einem Strukturwandel besteht. Und diesen wird es nicht geben, wenn die entscheidenden Indikatoren für eine Umgestaltung dieses Sektors, der von zentraler Bedeutung für unsere Wirtschaft ist, unbeachtet bleiben.

Der vorstehende Artikel erschien in der Ausgabe Nr.350, Mai 2011, der Monatszeitschrift ENVIO der Zentralamerikanischen Universität UCA in Managua – Nicaragua

Übersetzung : Herbert Löhr, 17.07.2011